

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

DR. NAAS ZUR ABFERTIGUNG AM FRANKFURTER FLUGHAFEN

15.04.2019

- Landesregierung in der Verantwortung Sicherheitskontrollen effizient und schnell zu ermöglichen
- Flugsicherung an den wachsenden Verkehr anpassen
- Sicherheit, Effizienz und Kundenorientierung ausbauen

WIESBADEN – "Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich Lufthansa, Fraport und Flugsicherung gemeinsam auf den Weg machen, um die Probleme an der Abfertigung möglichst in den Griff zu kriegen. Gerade während der Ferienzeit müssen die Fluggäste sicher sein, dass sie die Sicherheitskontrollen in einer angemessenen Zeit bewältigen können und ihren Flieger sicher erreichen", erklärt der verkehrs- und wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Dr. Stefan NAAS.

Dr. NAAS weiter: "Aber nicht nur Fraport, Lufthansa und Flugsicherung sind gefragt. Auch die Landesregierung muss sich endlich den Themen Flugsicherung und Fluggastkontrollen annehmen. Es geht dabei um ganz zentrale Fragen der Wettbewerbsfähigkeit des Frankfurter Flughafens. Die Verlagerungen der Lufthansa nach München zeigen, dass diese zunehmend gefährdet ist. In München hat die Bayerische Staatsregierung den Rahmen geschaffen, dass die Sicherheitskontrollen entsprechend anders organisiert werden können. Wir Freie Demokraten könnten uns vorstellen, dass Bundes- oder Landespolizei nach bayerischem Vorbild die Sicherheitsvorgaben erarbeiten und auch die Qualitätssicherung übernehmen. Das operative Geschäft sollte aus Effizienzgründen an die Fraport übertragen werden, die die Fluggastkontrollen entsprechend den Vorgaben der Polizei ausschreiben könnte. Da auch die Bundespolizei sich Subunternehmen bedient, wäre die Verbesserung dadurch erreichbar, dass Fraport dann in eigener Verantwortlichkeit an effizienteren und besser funktionierenden



Sicherheitskontrollen arbeiten könnte. Leider hat die Wettbewerbsfähigkeit des Frankfurter Flughafens aber bei Schwarz-Grün nicht den entsprechenden Stellenwert. Wir Freie Demokraten fordern, dass die Landesregierung sich sowohl bei den Fragen der Flugsicherung als auch der Sicherheitskontrollen endlich einbringt. Eine entsprechende Anfrage zur Situation der Flugsicherung und den Maßnahmen, die die Landesregierung bislang ergriffen hat, haben wir bereits im März auf den Weg gebracht."

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de